

Die ungarische Protestnote gegen die Verletzungen des Waffenstillstandsvertrages durch Serbien.

Eine Note der ungarischen Volksregierung an den General Franchet d'Espèrey.

Politikai Szóadós melletti:

Im Namen der Regierung der ungarischen Volksrepublik hat heute Ministerpräsident Michael Karolyi den nachstehenden Funkpruch an den General Franchet d'Espèrey, Oberbefehlshaber der Orientstreitkräfte der Entente, über Sophia nach Saloniki gesendet:

Zwischen der verbündeten Orienarmee und dem ungarischen Staate ist am 13. November ein militärisches Waffenstillstandsabkommen vereinbart worden, deren Geltungskraft mit dem 4. November beginnt. Dieser Waffenstillstand ist auch für Serbien verpflichtend, denn auch Serbien gehört unter die verbündeten Mächte, und das Abkommen ist im Namen Serbiens vom Wojwoden Milics münchfertig worden.

Aus uns unbekanntem Gründen erachtet Serbien dieses Waffenstillstandsabkommen als für sich nicht verpflichtend, beziehungsweise es befindet ein Verhalten, das mit der Verletzung des Waffenstillstandsabkommens gleichbedeutend ist.

Nachdem bewaffnete serbische Truppen die von uns bis zur Demarkationslinie geräumten ungarischen Gebiete besetzt hatten, haben sie die Demarkationslinie überschritten, in den besetzten Gebieten die Tätigkeit der Verwaltungsbehörden zum Teil gelähmt, zum Teil eingestellt, das Eisenbahnmateriale und die Kohlenwerke von Pécs mit Beschlagnahme belegt, die Verbindung mit den Berg- und Eisenwerken im Komitat Krassó-Szörény unterbrochen, die sämtlichen Lebensmittel beschlagnahmt, sie mit barem Gelde nicht bezahlt, ferner gestatten sie nicht die Abfuhr von Lebensmitteln aus den besetzten Gebieten in die übrigen Teile des ungarischen Staates und machen solchermaßen die Demarkationslinie zur wirtschaftlichen Grenze. Sie üben ihr Kontrollrecht zur Einführung der Zensur aus, konfiszieren Zeitungen, zensurieren die Telegramme der ungarischen Regierung, öffnen amtliche und private Briefe, nehmen aus diesen die Worte weg und lähmen den öffentlichen Sicherheitsdienst dadurch, daß sie die Genarmen, Nationalgarden und Bürgerwehren entwaffnen; sie knüpfen auf den Eisenbahnen den Personenverkehr an Bewilligungsscheine, verbieten in der Pécscher Militärschule den Unterricht militärischer Beirgegenstände, werben ungarische Staatsbürger im Alter von 21 bis 30 Jahren in die serbische Armee an und verkünden im allgemeinen, daß sie den Waffenstillstand für sich nicht als verpflichtend erachten.

Dieses Verhalten der bewaffneten serbischen Truppen im geräumten Besetzungsgebiet verstößt gegen die Artikel I, III, XVII und XVIII des vorerwähnten Waffenstillstandsabkommens, gegen Geist und Ziel des Waffenstillstandsabkommens, wie überhaupt gegen den Begriff des Waffenstillstandes. Ueberdies verstößt das Vorgehen der serbischen Truppen die Regierung der ungarischen Volksrepublik in die Lage, die Versorgung der nichtbesetzten Gebiete des Staates und der Eisenbahnen mit Kohle, der Bevölkerung des eigenen Staatsgebietes mit Lebensmitteln nicht sichern, infolge der Lähmung des Verwaltungsapparats für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung nicht im erforderlichen Maße sorgen zu können. Des ferneren wirkt dieses Verhalten der serbischen bewaffneten Truppen lähmend auch auf die Verwaltung der nichtbesetzten Gebiete des ungarischen Staates; infolge des Kohlenmangels, insbesondere der Beschlagnahme der Pécscher Kohlenwerke wird die Beleuchtung von Budapest, infolge der Unterbrechung des Betriebes der Berg- und Eisenwerke des Komitates Krassó-Szörény wird der Eisenbahnverkehr zum Stillstand kommen; und solchermaßen wird voraussichtlich auch in den nichtbesetzten Gebieten des Staates die Anarchie um sich greifen, ganz abgesehen da-

von, daß auch die Bevölkerung des besetzten Gebietes durch die Lähmung des Verwaltungsapparats und die Verletzung des Waffenstillstandes in andauernde Unruhe und Aufregung versetzt wird.

Von der Annahme ausgehend, daß der Herr Oberbefehlshaber von diesem Verfahren der serbischen Truppen keine Kenntnis besitzt und diese Dinge nicht mit seiner Genehmigung stattfinden können, wendet sich die Regierung der ungarischen Volksrepublik an den Oberkommandierenden der verbündeten Streitkräfte mit dem Ersuchen, die entsprechenden Verfügungen treffen zu wollen, um Serbien zur Respektierung des Waffenstillstandsabkommens zu verhalten, da widrigenfalls die Regierung der ungarischen Volksrepublik die Verantwortung für das Betragen der Bevölkerung und die Aufrechterhaltung der Ordnung nicht übernehmen, die ihrerseits über übernommenen Verpflichtungen nicht erfüllen und namentlich auch ihren Verpflichtungen betreffend den Transport und die Verpflegung der französischen Besatzungstruppen nicht Genüge tun könnte.

Die Beweise bezüglich der im obigen mitgeteilten Beschwerden hat die Regierung der ungarischen Volksrepublik gesammelt, und sie ist bereit, sie dem Oberkommandierenden der verbündeten Armeen unter den von ihm zu bezeichnenden Modalitäten zur Verfügung zu stellen.

Im Namen der Regierung der Volksrepublik Ungarn:

Michael Karolyi,
Ministerpräsident.

Budapest, 20. November.

Die Gefahr, die die Haltung Serbiens heraufzubeschwören droht und deren Nähe das Funktelegramm der Regierung unserer Volksrepublik an den Oberkommandierenden der Balkanstreitkräfte in so leuchtend klarer Beweisführung aufzeigt, ist die Gefahr des Bolschewismus. General Franchet d'Espèrey hat in jener bewährlichen Unterredung in Belgrad den ungarischen Bolschewist sagen lassen, sie mögen sich vor ihm in acht nehmen. Nun haben im Sinne des mit ihm abgeschlossenen Waffenstillstandsvertrages serbische Besatzungstruppen, Bundesgenossen der Entente, ungarischen Boden betreten, und ihr Verhalten hier ist geeignet, Zustände auszulösen, wie sie General Franchet mit eiserner Energie zu bekämpfen in Aussicht gestellt hat. Mit diesem jetzigen Ausspruch hat er sich nur als Vollstrecker des Willens der Entente bezeichnet, deren politischer Kurs verkündetermaßen auf Wahrung der Ordnung in Europa geht. Die Entente mag versichert sein, daß die Regierung der ungarischen Volksrepublik weder in der Schilderung der infolge der serbischen Besetzung eingetretenen tatsächlichen Zustände, noch in der Aufzählung ihrer zu gewärtigenden Konsequenzen, noch in der Angabe des Zeitpunktes, in dem sich diese einstellen würden, Nebortreibung erlaubt hat. Unser Interesse deckt sich vielmehr haargenau mit dem der Entente, und dieses Interesse heißt: klar sehen und rasch handeln. Will die Entente uns zum Brandherd machen, von dem aus die Feuerbrunst auf ganz Europa übergreift, so braucht sie nichts zu tun als ihren Bundesgenossen gewähren zu lassen. Will sie einem Prozeß Einhalt tun, über dessen Gefährlichkeit sie sich nach unserer Mitteilung keinerlei Täuschung mehr hingeben kann und dessen beängstigend schnelles Wachstum ihre Truppen bald mit eigenen Augen zu beobachten Gelegenheit haben werden, so muß sie ihr Machtwort sprechen und Serbien zur Achtung eines Vertrages verhalten, der hart genug ist,

und den uns selbst in der Zwangslage, in der wir uns befinden, nur die Hoffnung hat annehmen lassen, daß seine Durchführung hierzulande die Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit verbürge. Die strenge Beobachtung des Vertrages vom 13. November ist nicht nur ungarisches, sondern europäisches Interesse. Wenn wir um die Verhinderung der weiteren Beugung des Völkerrechtes bitten, so möchten wir der Entente zu bedenken geben, daß die Erfüllung dieser aus tiefer Not geborenen Bitte einen Zustand hindanhalten würde, in dem mit dem Völkerrecht auch jedes andere Recht in Aufruhr und Wirrwahl untergeht. Es war ein Kriegsziel unserer ehemaligen Feinde, die Heiligkeit der Verträge wiederherzustellen. Wir achten den Vertrag, den wir mit dem besagten Vertreter der Entente am 13. November abgeschlossen haben, wir bekennen uns zur Unverletzbarkeit seiner Bestimmungen. Aber für Serbien scheint dieser Vertrag nur geringen Wert zu haben; es handelt sich nicht nur so, als ob dieses Dokument gar nicht vorhanden wäre, sondern spricht dies sogar offen aus. Die ungarische Volksregierung stellt sich mit ihrer Note in das Lager derjenigen, denen Verträge heilig und Ruhe und Sicherheit wertvoll sind. Die Lage erheischt von der Entente, daß sie unter Wort ohne Zaubern mit einer Tat beantwortet.

Die Volksrepublik Ungarn.

Veränderungen im Obergespankorps.

Die Regierung hat ihrer Stellen entzogen: den Obergespan des Komitates Abvathely Miklós Ugron, und auf eigenes Ansuchen den Obergespan des Komitates Pest-Bilis-Solt-Kiskun und der Stadt Keckesmet Tibor Batay; ferner ernannt: zum Regierungskommissar für die Obergespansgenden des Komitates Abvathely den gewesenen Abgeordneten Franz Valentzil.

Bürgermeister Weiskirchner gegen die Annexion der westungarischen Grenzkomitate.

Pol. Sz. melbet: Bürgermeister Dr. Weiskirchner ist gestern abend in Begleitung zweier Vizebürgermeister vor dem deutschösterreichischen Staatsrate erschienen und hat gegen die Deklaration des Staatsrates betreffend seine Ansprüche auf ungarische Komitate Protest eingelegt, weil diese Aktion die Verpflegung Wiens in hohem Maße gefährde.

Aufklärung der Nationalitäten durch die ungarische Regierung.

Am Dienstag abend hat unter dem Vorfige des Ministerpräsidenten Karolyi ein Ministerrat stattgefunden, der von 6 bis 10 Uhr abends währte. Wie wir im Bilag lesen, hat sich der Ministerpräsident mit der Depesche beschäftigt, die die ungarische Regierung in Angelegenheit der Serben in Südungarn noch heute, Mittwoch, an den General Franchet d'Espèrey abenden wird. In dieser selben Angelegenheit reist übrigens demnächst eine Abordnung nach Belgrad, um dort eine an die Ententerregierungen gerichtete Denkschrift unserer Regierung behufs Weiterbeförderung dem Oberbefehlshaber der alliierten Balkanstreitkräfte zu übermitteln. In diesem Memorandum werden wir von neuem betonen, daß wir die Angelegenheit der ungarländischen Nationalitäten gelegentlich der Friedensverhandlungen dem Urteil der Welt unterbreiten werden, zugleich aber die Regierungen der Entente ersuchen, sie möge den Serben, Rumänen und Tschechen nicht gestatten, die Friedenskonferenz vor eine vollendete Tatsache dadurch zu stellen, daß sie schon jetzt ungarländische Gebiete besetzen.

Im Laufe des heutigen Tages dürfte auch die Proklamation des Ministers Jásiaudie Nationali-